Zur Klärung

Autor(en): **Delley, Jean-Daniel**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **70 (1991)**

Heft 6

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-340933

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Zur Klärung

Domaine Public

DP

von Jean-Daniel Delley

Verantwortlicher Redaktor des *Domaine Public*, einer sozialdemokratischen Wochenzeitung in der Romandie.

Die Sonntagabende nach eidgenössischen Wahlen werden nie jenen Grad an knisternder emotioneller Spannung erreichen, nie zu jenem Spektakel gedeihen, wie dies bei unseren Nachbarn üblich ist. Das bei uns gängige Proporzsystem, dazu die Wahlkreis-Einteilung, die eine «Kantonalisierung» des Stimmverhaltens fördert, machen eine Grundwelle der öffentlichen Meinung wenig wahrscheinlich und verhindern bedeutsame Sitzverschiebungen. Etwas Spannung bringen einzig die angesichts der Vielfalt unseres Landes notwendigerweise unpräzisen Hochrechnungen, die im Verlauf des Abends nach und nach korrigiert werden.

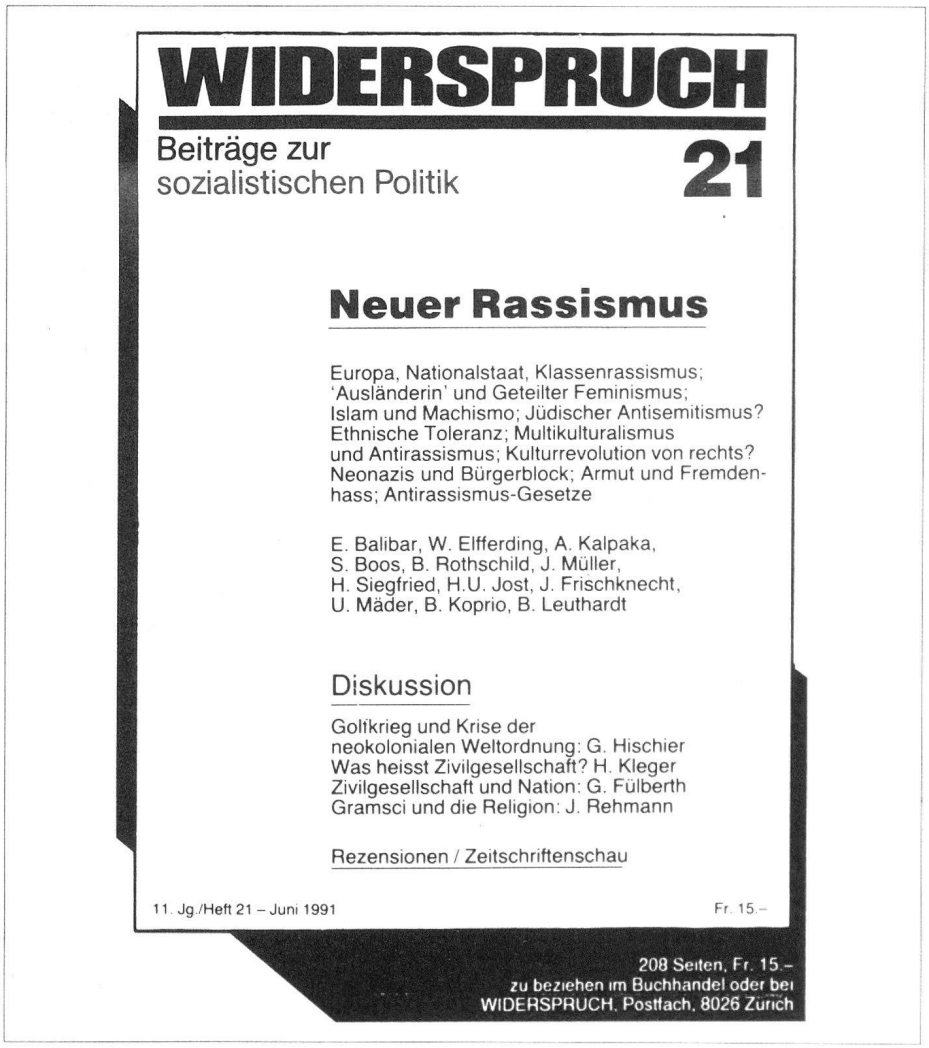
Dennoch sind eidgenössische Wahlen nicht uninteressant, auch wenn sie uns nicht in atemlose Spannung versetzten. Hinter dem Schleier vordergründiger Stabilität lassen sich mögliche Entwicklungen erraten. Die langsame Erosion der Regierungsparteien geht weiter zugunsten dessen, was manche Kommentatoren mit Besorgnis als ein Abdriften in den Populismus bezeichnen. Die Sozialdemokraten haben ihren Teil schon vor vier Jahren abbekommen; diesmal waren die Freisinnigen und die CVP an der Reihe. Offengestanden missfällt uns dies Abrutschen nicht allzusehr. Nicht etwa, dass die neuen Bewegungen, ob Motorisierte, Lega oder NA-Leute in irgendeiner Weise mithelfen könnten, die heute anstehenden Probleme zu lösen. Aber ihr relativer Erfolg sollte den beiden grossen bürgerlichen Parteien klarmachen, dass sie nichts zu gewinnen haben, wenn sie über den Hag fressen, wo das Kraut des Fremdenhasses und des Populismus wächst. Um auf möglichst breitem Feld ernten zu können, dürfen die Mitte-Rechts-Parteien niemanden verärgern und müssen daher alle, oder fast alle, enttäuschen.

Die Sozialdemokraten sind seinerzeit der Versuchung erlegen, eine Partei mit möglichst breitem Spektrum zu sein. Ihr Ehrgeiz, zum grossen links-grün-sozialen Sammelbecken zu werden, hat Leute mit extremen Positionen nicht überzeugt, dafür aber das Gros ihrer Anhängerschaft verunsichert. Sie haben jetzt den Kurs berichtigt, die Schwerpunkte neu gesetzt und zu Alternativen und grünen Fundamentalisten Distanz gewonnen, wenn auch in ihren Reihen noch ein paar wenige Dinosaurier Zieglerischen Zuschnitts zu finden sind. Nun wären die Freisinnigen und die Christdemokraten an der Reihe, ihren Kurs zu klären, die Zeichen neu zu setzen. Die vordringlichen Themen in der politischen Agenda – europäische Integration und internationale Zusammenarbeit, Fremdenpolitik, soziale Sicherheit, umweltverträgliches Wirtschaftswachstum und gerechte Steuern – erfordern ganz offensichtlich einen klar umrissenen gemeinsamen Nenner für Parteien, die die Regierungsverantwortung tragen wollen, und eine standhaftere Unterstützung des Bundesrates. Die Bundesratsparteien können es gefahrlos den Randgrup-

pen überlassen, die Unzufriedenheit aufzufangen und mit Schlagworten um sich zu werfen, die sich im Gebrauch rasch abnutzen. Voraussetzung dafür ist, dass sie das Terrain besetzt behalten: Die Politik hat nämlich einen Horror vor Leerräumen. Diskret verschwiegen zu Hauptthemen, zögernd, weil in sich uneins, überliessen die grossen Parteien und mit ihnen der Bundesrat – doch hätte es dieser, zaghaft unterstützt wie er war, besser machen können? – das Feld den marktschreierischen Parolen der Demagogen und der Verwirrung vieler Bürger, die sich in dieser komplex-komplizierten Welt und angesichts des Tempos der Veränderungen nicht mehr zurechtfinden. Bedingung dafür ist weiter, dass sie glaubwürdige Lösungen suchen und diese dann auch vor dem Volk vertreten: Information, geduldiges Erklären, sind in einer halbdirekten Demokratie mehr als anderswo eine Grundbedingung für das gute Funktionieren der Institutionen.
In solchem Kontext sehen wir keinen Platz mehr für eine Vertretung der SVP im Bundesrat, haben doch ihre «härtesten» Sektionen Zürich und Aargau bei den Wahlen dank offen fremdenfeindlicher Parolen und einem stumpfsinnigen Konservativismus noch zugelegt. Deren Vertreter werden künftig in Gesamtpartei und Fraktion den Ton angeben. In der Frage der Integration in eine europäische Gemeinschaft, in jener der internationalen Zusammenarbeit, in der Fremden-, wie in der Steuerpolitik hat sich die SVP klar als Oppositionspartei profiliert. Die drei anderen Bundesratsparteien haben jetzt aus dieser Haltung die logische Konsequenz zu ziehen.

J.-D. D.

Zauberformel

Die Wahlen haben die Zauberformel im Bundesrat bestätigt. Jede andere Zusammensetzung unserer Regierung ist schon rein rechnerisch kaum möglich, geschweige denn politisch. Es bewegt sich wenig in der Schweiz. Doch das Malaise in der Bevölkerung mit der Zauberformel ist unübersehbar. Unser heutiges Regierungssystem ist ineffizient, innovationshemmend und entscheidungsschwach. Die 10. AHV-Revision ist ein Jahrzehnt in der Verwaltung herumgeschoben worden. Dringliche energie- und umweltpolitische Entscheide beispielsweise für Lenkungsabgaben mit Rückerstattung, kommen nicht voran. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist weit weg, trotz Verfassungsauftrag. Beim Militär scheinen die Zeichen Zeit nie erkannt zu werden. Bringt wenigstens die europapolitische Herausforderung endlich Bewegung in die Schweiz?
So oder so muss die SP wieder für mehr Bewegung in Bern sorgen. Die Zauberformel hat in ihrer heutigen Wirkung keine Zukunft mehr. Ein neues tragfähiges Modell muss reifen. Weil die andern Bundesratsparteien dazu keine Lust haben, wird einmal mehr die SP die entscheidende Gedankenarbeit machen müssen.

Rolf Zimmermann